



Zukunft ist heute

Junge Union im Landkreis Ebersberg

ViSdP: JU-Kreisvorsitzender Tobias Scheller, Oberpfammern

Ergebnisse der Klausurtagung der Jungen Union im Landkreis Ebersberg 2007

PRÄLUDIUM

Der Landkreis Ebersberg liegt bundesweit an der Spitze in puncto Wirtschaftlichkeit und Lebensqualität. Seine Einwohner profitieren durch seine Nähe zu München und dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen. Doch Probleme, wie Globalisierung, Klimawandel und der demographische Wandel, der die Sozialsysteme zu sprengen droht, fordern auch auf kommunaler Ebene weitere Anstrengungen. Nachhaltige kommunale Strukturen durch ein kommunales Managementsystem und interkommunale Zusammenarbeit sollen dafür sorgen, dass Ebersberg weiterhin der **Landkreis der unbegrenzten Möglichkeiten** bleibt.

Es müssen Antworten gefunden werden, wie dem Traditionsverlust und der immer schwächeren emotionalen Bindung der Bevölkerung zu ihren Heimatgemeinden entgegen gewirkt werden kann. Jugendkriminalität und –alkoholismus sind nur zwei der negativen Folgen, denen die Politik begegnen muss. Gerade für die Jugend müssen Perspektiven für die Zukunft geschaffen werden. Bildung und Erziehung beginnen im Elternhaus, doch weiteres muss geleistet werden in der Schullandschaft, dem Angebot von Ausbildungsplätzen und der Unterstützung junger Familien bei der Betreuung ihrer Kinder. **Für uns ist Zukunft schon heute.**

Die Gemeinden des Landkreises sollen weiterhin lebenswerte Orte für alle Generationen sein mit lebendigen Ortszentren und aktiven Vereinen. Dafür wird in Zukunft immer mehr das freiwillige Engagement des Einzelnen nötig sein. Das Ehrenamt muss stärker als bisher gefördert und gewürdigt werden, denn dieses Engagement macht aus Ebersberg einen **Landkreis mit Herz.**

1. Die familienfreundliche Gemeinde

1.1 Kinderbetreuung

Nicht in allen Familien kann einer der Elternteile seine Arbeit lange Zeit unterbrechen. Daher muss es ein ausreichendes Angebot an Möglichkeiten der (Klein-)Kinderbetreuung geben. Für Eltern, die sich entscheiden, zur Kinderbetreuung auf Erwerbstätigkeit zu verzichten, müssen Ausgleichsmaßnahmen unternommen werden.

Kinderkrippen müssen entsprechend der Anforderungen der heutigen Arbeitswelt flexible Öffnungszeiten anbieten. Es ist nicht immer möglich, dass Eltern ihre Kinder um vier Uhr nachmittags von der Krippe abholen. Eine Anpassung an die Arbeitszeiten ist notwendig. Die Arbeitgeber sollen daher dazu ermuntert werden, Betriebskindergärten und -kinderkrippen zu schaffen. Mittelständische Unternehmen könnten in Kooperationen gemeinsam solche Institutionen gründen, denn betriebsnahe Möglichkeiten der Kinderbetreuung steigern die Attraktivität von Unternehmen für kompetente Arbeitnehmer und schaffen eine stärkere Bindung zwischen ihnen.

Für die Umsetzung muss regelmäßig eine Bedarfsermittlung durchgeführt werden.

1.2 Freizeitangebot für Jugendliche

Nur eine Gemeinde mit einem vielfältigen Angebot an Freizeitmöglichkeiten kann der Jugend ein Heimatgefühl vermitteln. Die Arbeit von Vereinen ist hierbei nicht zu gering zu bewerten und muss unterstützt werden.

Selbstverwaltete Jugendräume lehren junge Leute Verantwortung zu übernehmen und bieten ihnen die Freiräume, die sie zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit benötigen. Unterstützung und eine altersgemäße professionelle Leitung müssen dabei selbstverständlich sein.

Um das Angebot an Freizeitmöglichkeiten zu erweitern, sollten Sportparks und Sportplätze allgemein öffentlich zugänglich sein. Bistros und Cafés sind wichtige soziale Treffpunkte der Jugend und beleben die Ortszentren.

1.3 Integration der nicht aktiven Jugend

In einigen Gemeinden versuchen Streetworker jene Jugendliche zu betreuen, die nicht in Vereinen oder in anderer Form im Gemeindeleben integriert sind. Dies gestaltet sich trotz teilweiser guter Ausbildung der Kräfte schwierig, da auch sie nicht unbedingt die Sprache der Jugend sprechen. Grundsätzlich ist deren Einsatz jedoch zu begrüßen, wobei die Kommunen ein starkes Augenmerk auf die Persönlichkeit, die Qualifikation sowie deren sozialpädagogisches Konzept achten sollen.

Prävention hat Vorrang. Daher sollten schon Kindergärten und Schulen eng mit Vereinen zusammen arbeiten, um Kinder früh für diese zu begeistern.

1.4 Beteiligung der Jugend am Gemeindewesen

Jugendbeiräte und Jungbürgerversammlungen sind ein bewährtes Mittel der Beteiligung der Jugend an Entscheidungen in der Gemeinde. Sie sollte es in allen Gemeinden des Landkreises geben und alle vor Ort existierenden Gruppen einbinden.

Die Initiative für die Bildung von Jugendbeiräten muss von der Gemeinde erfolgen. Der Beirat muss gegenüber dem Gemeinderat eine Berichtspflicht, aber auch ein Berichtsrecht haben, damit er die beratende Funktion für den Gemeinderat wahrnehmen kann.

1.5 Jugendkriminalität

Die bundesweite Zunahme von Jugendkriminalität ist eine besorgniserregende Entwicklung, der es entgegenzutreten gilt. Präventionsmaßnahmen müssen in Kindergarten und Schule beginnen. Vandalismus, Gewalt, Alkohol- und Drogenmißbrauch müssen bereits in Kindergarten und Grundschule thematisiert werden. Auch hier ist die Zusammenarbeit mit örtlichen Vereinen und sozialpädagogischen Fachkräften gefragt. Präventive Persönlichkeitsbildung kann zukünftige Probleme verhindern.

Die Resozialisierung von kriminell gewordenen Jugendlichen hat Priorität. Jedoch darf eine Strafe nicht ausbleiben. Hier bietet sich zum Beispiel eine Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit an. Wer am Freitag oder Samstagabend statt in der Disko zu feiern sein Graffiti wegschrubben muss, wird es sich zweimal überlegen, wieder Wände zu beschmieren.

Auch hier gilt der Vorrang der Prävention: Durch Jugendwettbewerbe zur Gestaltung öffentlicher Flächen können fehlgeleitete Aktionspotentiale unter Umständen zielgerichtet kanalisiert werden.

1.6 Verkehr

Ein funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr ist ein grundlegendes Erfordernis. Eine hohe Frequenz reduziert die Notwendigkeit für Individualverkehr, der sowohl klimaschädlich als auch vor Ort für Anwohner belastend ist. Ein auf den Tag begrenztes Tempolimit für ausgewählte Straßen im Ortszentrum schützt Kinder und Jugendliche und führt zu einer größeren Akzeptanz bei den Autofahrern für solche Maßnahmen.

Im Zusammenhang mit der Einführung von G8 und Ganztageseschulen muss auch der Transport von Schülern zu den unterschiedlichen

Unterrichtszeiten gesichert sein. Längere Wartezeiten sind zu vermeiden. Schülerlotsen sollten weiter gefördert werden.

Nachtbuslinien sollten auch freitags und an Feiertagen fahren, damit Jugendliche und junge Erwachsene sicher von Diskotheken nach Hause kommen können. Ein Ausbau des bestehenden Systems ist daher sinnvoll. Hier könnten Firmen und Gastronomie als Sponsoren fungieren.

So weit wie möglich sollen die Ortszentren verkehrsberuhigt werden.

1.7 Berufliche Bildung

Ziel muss es sein, dass Betriebe vor Ort Ausbildungsplätze anbieten. Angebote der Unternehmen sollten von den Gemeinden gesammelt werden (kommunale Jobbörsen). Ein „Tag der Arbeit“, bei dem die Unternehmen auf Ausbildungsmessen ihr Angebot vorstellen, bietet eine gute Möglichkeit der Kontaktaufnahme zwischen Jugendlichen und Ausbildern. Die Auszubildenden profitieren von diesen wohnortnahen Ausbildungsplätzen und die Unternehmen sichern sich damit auch in Zukunft qualifizierte Mitarbeiter.

Der Trend zum lebenslangen Lernen wird immer wichtiger. Es ist daher wesentlich auf Angebote im Erwachsenen- und Seniorenbildungsbereich zu achten.

Das Freiwillige Soziale/Ökologische Jahr muss weiter gefördert werden.

1.8 Senioren

Durch den demographischen Wandel wird der Anteil der Senioren in der Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten immer mehr zunehmen. Daher gilt es, unsere Gemeinden seniorenfreundlich zu machen. Senioren sind durch ihre Erfahrungen ein großes Kapital für die Gesellschaft und können durch Ehrenämter einen sinnvollen Beitrag zum Leben in der Gemeinde liefern.

Veranstaltungen für Seniorennachmittage sollten in allen Gemeinden selbstverständlich werden. Mit Seniorenzentren sollten Begegnungsstätten geschaffen werden – für die ältere Generation, aber auch für die Begegnung von Alt und Jung. Volkshochschulen sollten Kurse speziell für Senioren anbieten.

Die Gemeinden sollten auf barrierefreie (Geh-)Wege und Zugänge zu öffentlichen Gebäuden und Geschäften achten. Einkaufsmöglichkeiten für den alltäglichen Bedarf im Ortszentrum sind eine grundsätzliche Notwendigkeit, damit sich Senioren so lang wie möglich selbst versorgen

können. Wo dies nicht möglich ist, muss die ehrenamtliche Arbeit gefördert werden, wie z.B. die Nachbarschaftshilfe und „Essen auf Rädern“.

Neben Altersheimen muss es auch Angebote wie Betreutes Wohnen und Mehrgenerationenhäuser geben. Besondere Förderung verdient die Pflege in der eigenen Familie.

1.9 Das Ehrenamt

Das Ehrenamt muss stärker gefördert und gewürdigt werden, so durch kostenlose Gruppenseminare und Aufwandsentschädigungen. Besondere Leistungen sollten öffentliche Würdigung erfahren und hervorgehoben werden.

Die Platznot vieler Vereine und öffentlicher Einrichtungen soll durch die gemeinsame Nutzung von bestehenden Räumlichkeiten gelöst werden.

2. Die umweltfreundliche Gemeinde

2.1 Landwirtschaft

Das Angebot der Landwirtschaft soll in erster Linie den regionalen Bedarf versorgen. Es ist ökologisch falsch, grüne Bohnen aus Guatemala oder Fleisch aus Argentinien zu importieren, anstatt heimische Produkte zu nutzen.

Daher sollte man das vielfältige Angebot heimischer Landwirte nutzen. Neben der Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln kann die Landwirtschaft in Zukunft auch im Energiesektor neue Erwerbsquellen für die Landwirte schaffen. Die regionale Vielfalt gilt es dabei zu wahren.

2.2 Grüne Gentechnik

Die grüne Gentechnik wird zurzeit von der Mehrheit der Kunden abgelehnt und wird im Moment auch nicht für die Lösung von Problemen benötigt. Daher stimmt die Junge Union Ebersberg mit dem Grundsatzprogramm der CSU überein, den kommerziellen Anbau zu diesem Zeitpunkt nicht weiter zu verfolgen.

Die Forschung im Bereich der grünen Gentechnik ist aber notwendig, damit Deutschland nicht das Know-how um diese Zukunftstechnologie verliert und auch Informationen über mögliche Risiken aus erster Hand erhält.

Die Bundes- und Landespolitik ist aufgefordert durch ein qualifiziertes Gentechnikgesetz eventuelle Monopolbildungen und marktbeherrschende Stellungen weniger Konzerne auf dem Saatgutmarkt zu verhindern. Das Patentrecht darf nicht missbraucht werden.

2.3 Energiegewinnung und Energiesparen

Die Preise für fossile Brennstoffe steigen, dazu kommt die Umweltbelastung durch Kohlendioxid und andere Stoffe. Die Zukunft liegt in der regionalen Gewinnung von regenerativer Energie. Der Landkreis Ebersberg hat hier vier große potentielle Quellen:

- den Ebersberger Forst, dessen Potential als Holzlieferant noch nicht vollständig genutzt wird. Hier können Holzschnitzel und –pellets ortsnah gewonnen und an den Verbraucher geliefert werden.
- den landwirtschaftlichen Anbau energiereicher Pflanzen zur Verfeuerung und zur Gewinnung von Pflanzenöl als Energieträger.
- die Gewinnung von Biogas, wie sie bereits in Pliening erfolgt.
- die geothermale Energie, die in weiten Teilen des Landkreises wirtschaftlich nutzbar ist.

Dazu kommen kommunale Maßnahmen wie die Förderung von Solaranlagen. Die Förderung von umweltfreundlichen Energiekonzepten bei Neubaugebieten (Fernwärme, Blockheizkraftwerke) sollte Standard werden. Vorgaben zur Energieeinsparung bei der Bauleitplanung sind erforderlich.

Die Gemeinde muss als Vorbild beim Thema Umweltschutz vorangehen. Bei Gebäuden der Gemeinde sollte auf eine ausreichende Wärmedämmung geachtet werden. Die Nutzung von Solarenergie und umweltfreundlichen Heizmitteln sollte jeweils geprüft werden. Die Entwicklung von Maßnahmen zum Energiesparen und Energiegewinnung im Landkreis muss gefördert werden.

Die Selbstversorgung des Landkreises mit Energie ist das Endziel, das es immer unter dem Aspekt der ökologischen Sinnhaftigkeit zu erreichen gilt (keine Monokulturen!).

2.4 Flächenversiegelung

Der immer größer werdende Flächenverbrauch durch Versiegelung erhöht die Gefahr von Überflutungen bei starken Regenfällen. Daher sollte durch finanzielle Anreize ein Rückbau von Flächenversiegelungen gefördert werden.

2.5 Siedlungspolitik

Eine strukturierte Siedlungspolitik muss Ziel der kommunalen Bebauungsplanung sein. Ziel ist die Identität der Gemeinde zu erhalten und „Siedlungsbrei“ zu vermeiden.

3. Die Wirtschaft im Landkreis

3.1 Interkommunaler Verkehr

Mit einem „Verkehrskonzept Ebersberg“ sollen die Verbindungen zwischen den Gemeinden des Landkreises verbessert werden.

Besonders die Nord-Süd-Verbindung muss verbessert werden. Eine Busverbindung in Form einer „Forstbahn Eberberg“ soll dies erreichen. Zudem sollen diese Busse dem südlichen Landkreis über den Norden weiter bis zum Flughafen eine Verbindung schaffen, die bisher nur umständlich über den Umweg über München läuft. Der Rückbau einiger Straßen wäre dadurch möglich.

Auch auf die Erschließung und Anbindung der „Randbereiche“ unseres Landkreises an wichtige Institutionen und Ämter durch ÖPNV ist zu achten.

3.2 Tourismus und Nahverkehr

Der Tourismus im Landkreis Ebersberg lebt in erster Linie durch seine Nähe zu München und dem Alpenvorland. Doch Tagesausflügler finden auch im Landkreis attraktive Ziele. Eine gemeinsame Vermarktungsstrategie unter dem Titel „EBE - Eine Marke“ könnte dies weiter fördern.

Der Freizeitwert unseres Ebersberger Forsts sollte gesteigert werden. Der Ebersberger Forst ist ein verbindendes, nicht ein trennendes Element unseres Landkreises.

3.3 DSL-Verbindungen

Alle Gemeinden und Ortsteile sollen an DSL angeschlossen werden, damit sie attraktive Standorte bleiben. Die Junge Union im Landkreis Ebersberg sieht folgende Möglichkeiten:

- modifizierte Public-Private-Partnership-Modelle zur Anschubfinanzierung,
- Bildung einer Beteiligungsgesellschaft durch den Freistaat Bayern,
- Zuschüsse des Freistaats für betroffene Kommunen, die aus Eigeninitiative DSL-Anschlüsse bezahlen wollen.

Insgesamt sollen die Anbieter in die Pflicht genommen werden. Es ist aber auch von Seiten der Kommunen zu prüfen, inwieweit eine finanzielle Beteiligung an der Umsetzung möglich und nötig ist.

3.4 Förderung ausbildungswilliger Betriebe

Der Wunsch nach ausbildungswilligen Betrieben kann nur durch ein Angebot herausragender Standorte verwirklicht werden. Folgende Faktoren können hierzu einen Beitrag leisten:

- Niedriger Gewerbesteuerhebesatz
- Infrastrukturvorteile (z.B. DSL)

Möglichkeiten kommunaler und öffentlicher Würdigungen ausbildungswilliger Betriebe sind zu prüfen und einzurichten.

4. Bildung als lebensentscheidender Faktor

4.1 Bildungsstandort

Im Zuge der zunehmenden Profilbildung der Einzelschulen und dem damit verbundenen Wettbewerb um den besten Bildungsstandort sind alle Anstrengungen in Angriff zu nehmen, um unseren Landkreis zum Bildungsstandort Nr. 1 zu machen

4.2 Teilhauptschulen

Bei der Schließung von Teilhauptschulen ist eine Abwägung im Einzelfall notwendig, die einerseits die Pluralität der Schullandschaft sowie die Nähe zum Schulort sowie andererseits die notwendige Qualität des Bildungsangebots in den Blick nimmt.

4.2 Sozialpädagogische Arbeit an Schulen

Eine starke Persönlichkeitsbildung ist neben der Vermittlung von Fachwissen die beste Prävention vor Jugendkriminalität. Die Kommunen sollen nach Kräften und sofern notwendig sozialpädagogische Arbeit in den Schulen fördern.

4.3 Vernetzung mit Betrieben

Die von der CSU und der Staatsregierung angedachten Reformen der Hauptschule in Bayern sehen neben einer verstärkten Praxisorientierung auch eine Modularisierung und eine stärkere Kooperation mit Wirtschaft und Betrieben vor. Entsprechende Anstrengungen sind auf kommunaler Ebene zu leisten. Ein besserer Austausch bzw. eine stärkere Vernetzung der kommunalen Betriebe mit den Schulen soll schon während der Schulzeit zu einer besseren Orientierung über den Arbeitsmarkt sorgen

und die Notwendigkeit berufsvorbereitender Praktika nach Abschluss der Schulbildung minimieren. Eine „Generation Praktikum“ hat keine Perspektive. Kommunale Lehrstellen- und Praktikabörsen sowie Foren zum Informationsaustausch wie der bereits angesprochene „Tag der Arbeit“ können von kommunaler Seite mitinitiiert werden. Lehrkräfte und Firmenvertreter können jeweils aus ihren Bereichen den Schülern berichten und sie gemeinsam mit ihren derzeitigen Lehrkräften auf zukünftiges vorbereiten, die Wahl der weiterführenden Schule kann zusammen mit dortigen Lehrkräften erfolgen. Betriebe und Berufszweige sollen im Unterricht vorgestellt werden. In der Schul- und Ferienzeit sollen Firmen Praktika anbieten.

4.4 Vernetzung von Schularten

Der Übergang von den einzelnen Schularten und später zum Berufsleben bedeutet immer starke Veränderungen für die Schüler. Es sind diese Gelenkstellen im gesamten Bildungswesen, an denen soziale Faktoren besonders stark durchschlagen. Damit dieser Wechsel sanfter verläuft und sich die unterschiedlichen Stufen auch besser abstimmen können, soll der Kontakt zwischen den einzelnen aufeinanderfolgenden Ebenen vom Kindergarten über die Grundschule, über die weiterführenden Schulen bis hin zu den Betrieben und Ausbildungsstätten ausgebaut werden. Insbesondere die regionale Nähe von Kindergarten und Grundschulen, aber auch von Grundschulen zu weiterführenden Schulen soll als Chance für Kooperationen gesehen werden.

4.3 Ganztagschulen

Ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen für die freiwillige Nutzung soll eingeführt werden.

4.4 Vor Ort Qualitätsmanagement für die Schulen

Die Qualität der Schulen im Landkreis zu sichern bedeutet, die Konkurrenzfähigkeit der Bildungseinrichtungen sicher zu stellen. Daher soll vor Ort in Zusammenarbeit aller am Bildungsprozess Beteiligten ein Qualitätsmanagement für die Schulen eingeführt werden. Als Maßstab muss ein vorgegebenes Qualitätsprofil dienen.

Soziale Ungleichheiten müssen bekämpft, Defiziten aus dem Elternhaus entgegengewirkt werden.

4.5 Tutorensystem

An den Schulen sollen ältere Schüler jüngere unterstützen. Dafür soll ein Tutorensystem eingeführt werden, wodurch ein Erfahrungsaustausch

über die Jahrgangsstufen erfolgen kann. Dies dient auch der Förderung von sozialen Kompetenzen.

4.6 Kommunales Bildungsnetzwerk

Jung kann von Alt lernen und Alt von Jung. Daher müssen Begegnungsstätten für die Generationen geschaffen werden. Der Erfahrungsschatz von Rentnern soll durch entsprechende Angebote, auch in den Schulen, an die Jugend weitergegeben werden. Möglicherweise kann auf diesem Weg unter Beachtung notwendiger Qualifikationen auch eine ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung geschaffen werden.

4.7 Lebenslanges Lernen

Lernen ist heute ein lebenslanger Prozeß. Daher muss das Angebot von Volkshochschulen, beruflicher Rehabilitation und Weiterbildung gestärkt werden. Fachfremde Fortbildung und Umschulung werden in Zukunft immer wichtiger.